

„Bürokratiemonster“ kostet die Mieter Geld

Von Mirko Hertrich

Die neue Bundesregierung will die Bürger mit monatlichen Verbrauchsinfos zum Sparen beim Heizen animieren. Dafür bürdet sie Mietern und Vermietern aber erst mal Mehrkosten auf.

NEUBRANDENBURG. Hunderten Neubrandenburger Haushalten flattert künftig ungefragt Post ins Haus, für die sie bald noch Porto zahlen müssen. Die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft (Neuwoges) erfüllt derzeit eher zähneknirschend ihre gesetzliche Pflicht und stellt rund 2000 Mietern eine monatliche Verbrauchsinformation zur Verfügung. Grund ist die am 1. Dezember 2021 in Kraft getretenen Heizkostenverordnung, welche die Gebäudeeigentümer beim Vorhandensein von fernablesbaren Erfassungsgeräten verpflichtet, den Endverbrauchern eine monatliche Abrechnungs- oder Verbrauchsinformation zur Verfügung zu stellen.

Entstehende Kosten werden an Mieter weitergegeben

Die erste Information für Februar 2022 ist laut Neuwoges für die Mieter noch kostenfrei, danach fällt Porto an. „Unser Schreiben enthält neben der Verbrauchsinformation auch eine Erläuterung zu den Konsequenzen der neuen Gesetzgebung“, sagte der Vorsitzende der Neuwoges-Geschäftsführung, Frank Benischke. Denn die entstehenden Kosten für die Informationen seien von den Endverbrauchern zu tragen und würden an die Mieter weitergegeben.

Der zusätzliche Verwaltungsaufwand gleiche einem „Bürokratiemonster“, kritisierte die Neuwoges harsch.



Hauseigentümer müssen künftig ihren Mietern monatlich Informationen über deren Verbrauch an Heizenergie zukommen lassen, wenn in der Wohnung schon fernablesbare Messgeräte installiert sind.

FOTO: FERNANDO GUTIERREZ-JUAREZ

So seien beispielsweise Monat für Monat sämtliche organisatorische Aufgaben bei der Bereitstellung der Informationen zu überwachen, die Zusammenarbeit mit den Messdienstleistern müsse trotz allem Mehraufwand weiterhin reibungslos funktionieren und die Zugangsnachweise habe man dokumentarisch zu erfassen.

Extremes Ungleichgewicht von Kosten und Nutzen

„Alles in allem ist diese Novellierung nicht praxisbezogen durchdacht und konfrontiert die gesamte Wohnungswirtschaft mit prozessualen Ineffizienzen und Mehrkosten für Mieterinnen und Mieter sowie Wohnungsunternehmen“, konstatierte Frank Benischke. Die Neubrandenburger

Wohnungsbaugenossenschaft (Neuwoba) als zweiter großer Vermieter teilt die Kritik. Die Umsetzung der Verbrauchsinformation sei mit einem „extremen Ungleichgewicht“ von Kosten und Nutzen für den Mieter verbunden, sagte Vorstandssprecher René Gansewig dem Nordkurier. Grundsätzlich begrüßt er die Zielsetzung der Novelle für eine bessere Mieterinformation und mehr Wettbewerb.

Digitaler Abruf beim Neuwoges-Mieterportal

Da im Gesetzgebungsprozess keine Hinweise der organisierten Wohnungswirtschaft angenommen worden seien, sehe sich sein Unternehmen ebenfalls „mit prozessualen Ineffizienzen sowie Mehrkosten für unsere Mieter und für

die Neuwoba konfrontiert“. Die Neuwoges will ihren Mietern die Mehrkosten ersparen und verweist auf die Möglichkeit eines digitalen Abrufes über das Mieterportal „Meine Neuwoges“. Hierdurch könnten die bei einem postalischen Versand entstehenden Portokosten eingespart werden, riet Neuwoges-Geschäftsführer Michael Wendelstorf. Die Neuwoba arbeitet nach den Worten ihres Vorstandssprechers an einer „technisch umsetzbaren, kostendämpfenden und ganzheitlichen Lösung“ für ihren Wohnungsbestand, um den Aufwand der Verbrauchsinformationen für die Mieter „so gering wie mögliche zu halten“.

Kontakt zum Autor
m.hertrich@nordkurier.de